

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 29. November 2004

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 29. November 2004 beschlossen:

Zwangsheirat

1. Sachliche Integrations- und Islamdiskussion notwendig

Die FDP fordert eine sachliche Diskussion zum Stand der Integrationspolitik in Deutschland. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Islam und der Rolle der Muslima in Deutschland muss vorurteilsfrei erfolgen. Dabei geht es für die FDP weder um eine verklärte Multi-Kulti-Romantik, deren Anhänger bestehende Probleme und Integrationsdefizite beispielsweise im Hinblick auf die häufig untergeordnete Rolle der Frau in muslimischen Familien gerne unter den Teppich kehren, noch um eine konservative Abschottungs- und Assimilierungspolitik gegenüber Ausländern. Stand und Entwicklung der Integration müssen offen, vorurteils- und ideologiefrei ohne Tabus und falsche Befindlichkeiten analysiert werden. Die FDP wird sich verstärkt dem Thema Integration sowie dem Dialog mit dem Islam, der auch bestehende Differenzen deutlich machen muss, zuwenden.

Die vielfältigen Integrationsbemühungen von Bund, Ländern, Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, vielen privaten Initiativen und natürlich auch der Betroffenen selbst sind keineswegs gescheitert. Aber die Integration ist ein schwieriger und sensibler Prozess, der sich über mehrere Generationen erstrecken kann und der neben Erfolgen durchaus auch Rückschritte zu verzeichnen hat.

Entscheidend für eine gute Integration ist aus liberaler Sicht auf der einen Seite die Bereitschaft jedes einzelnen Migranten, Teil der neuen Gesellschaft werden zu wollen und auf der anderen Seite die Akzeptanz einer selbstbewussten Aufnahmegesellschaft im Hinblick auf die gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern.

Wesentliche Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Denn mangelnde oder gar gänzlich fehlende Deutschkenntnisse schließen die Zuwanderer von der sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe aus. Die FDP hat sich daher erfolgreich als erste Partei dafür eingesetzt, dass im neuen Zuwanderungsgesetz nach dem Prinzip "Fördern und Fordern" verbindliche Deutsch- und Orientierungskurse eingeführt werden.

2. Gemeinsame und verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens statt Leitkultur

Die FDP stellt fest, dass sich kultureller Pluralismus, kulturelle Konflikte und kultureller Wandel in allen menschlichen Gesellschaften finden. Kulturelle Homogenität im Sinne fugenloser, konfliktfreier Übereinstimmung kultureller Werte hat es nie und nirgendwo gegeben, zumindest nicht in freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften.

Entscheidend aber ist für die FDP, dass wir uns über den Rahmen des Zusammenlebens einig sein müssen: Demokratie, Rechtsstaat, die Grund- und Menschenrechte, die Trennung von Staat und Religion sowie die gute Kenntnis der deutschen Sprache sind die Fundamente unserer Gesellschaft, die niemand außer Kraft setzen darf, auch nicht mit dem Hinweis auf seine kulturellen oder traditionellen Überzeugungen.

Die viel gepriesene Toleranz – auf beiden Seiten - ist daher auch nicht beliebig, sondern stets an diesen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu messen.

Jeder und Jede darf nach seiner oder ihrer Religion leben – im Rahmen dieses für Alle verbindlichen Bezugsrahmens. Diese Grundlagen sind aber verletzt, wenn Imame in Moscheen Hass predigen und wenn islamische Verbände gegen unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung agitieren. Sie sind auch verletzt, wenn die Erlernung der deutschen Sprache abgelehnt wird. Sie sind ebenfalls verletzt, wenn vor allem Mädchen und junge Frauen gegen ihren Willen zwangsverheiratet werden oder nicht am Sportunterricht bzw. am Schulausflug teilnehmen dürfen.

Die FDP unterstützt den Kampf gegen Islamisten und Fundamentalisten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. Aber Liberale wehren sich dagegen, wenn Muslime, deren Mehrheit im Einklang mit unserer Rechts- und Werteordnung lebt, unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Es ist zutreffend, dass sich in manchen Großstädten sogenannte Ausländerviertel gebildet haben. Dies ist aber nicht per se integrationsfeindlich. Gefährlich und inakzeptabel wird diese Entwicklung jedoch dann, wenn sich ethnische Gruppen in ihrer eigenen Welt abschotten, wenn es dort zu Ghettobildungen kommt und isolierte Subkulturen entstehen, die nicht mehr auf dem Boden unserer gesellschaftlichen Grundlagen stehen.

3. Zwangsverheiratungen wirkungsvoll bekämpfen

Die FDP setzt sich dafür ein, die Zwangsheirat wirksamer und nachhaltiger zu bekämpfen, wie es bereits der Dresdener Bundesparteitag im Juni 2004 beschlossen hat.

Die kürzlich vom Bundestag beschlossene Änderung in § 240 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 StGB reicht nicht aus.

Die Zwangsverheiratung ist nach Art. 6 I des Grundgesetzes, nach Art. 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und nach Art. 12 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine Menschenrechtsverletzung. Sie ist entschieden zu verurteilen. Es ist nicht akzeptabel, dass Zwangsverheiratungen in Deutschland oder anderswo stattfinden.

Die rechtliche und gesellschaftspolitische Diskussion hat in Deutschland erst begonnen. Dieses Thema muss aus dem Tabubereich elterlicher und häuslicher Gewalt an die Öffentlichkeit heraus kommen. Es muss klargestellt werden, dass die Zwangsheirat unter Androhung von Strafe verboten ist. Weder aus patriarchalisch-traditionellen noch aus vermeintlich religiösen Gründen lässt sich eine Zwangsheirat rechtfertigen. Die FDP setzt sich dafür ein, die Zwangsheirat entschiedener zu bekämpfen und den Opfern bestmögliche Hilfe anzubieten.

- Die baden-württembergische Bundesratsinitiative für ein Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz mit deutlichen Klarstellungen im Strafgesetzbuch, mit Änderungen im Familienrecht und im Erbrecht wird daher ausdrücklich unterstützt.
- Die Landesregierungen mit FDP-Beteiligung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, diese wichtige Initiative im Zuge der parlamentarischen Beratungen nachhaltig zu unterstützen.
- Jede Landesregierung mit FDP-Beteiligung werden gebeten, eine eigene "Fachkommission Zwangsheirat" einzurichten zur Feststellung des Ausmaßes und der Erscheinungsformen der Zwangsheirat und zur Prüfung, ob die bestehenden ausländer- und sozialrechtlichen Regelungen für von Zwangsheirat Betroffenen ausreichend sind.
- Die islamischen Organisationen werden aufgefordert, in ihren Reihen über die Rechtswidrigkeit der Zwangsheirat aufzuklären, ein klares Unrechtsbewusstsein zu schaffen und gegen diese unehrenhafte Tradition entscheiden vorzugehen.
- Über die Zwangsheirat ist unverzüglich der Dialog mit allen Repräsentanten muslimischer Gruppierungen in Deutschland (auch beispielsweise mit Vertretern der Deutsch-Türkischen Wirtschaftsvereinigungen) aufzunehmen, die bereit sind, auf dieser Basis in die muslimischen, von deutschen Politikern nur schwer erreichbaren moslemischen „Communities“ hineinzuwirken. Dabei darf es keine Tabus und Berührungszonen geben!